

# Fragenkatalog BUND

Sehr geehrte Damen und Herren der BUND Kreisgruppen des Nürnberger Lands und Roths, im Anschluss finden Sie die Antworten der SPD auf Ihren Fragenkatalog.

## 1. Flächenverbrauch

Wir brauchen Investitionen in eine moderne Infrastruktur.<sup>1</sup>

Die Landkreise Nürnberger Land und Roth sind in großen Teilen ländlich geprägt.

In diesen ländlichen Gegenden haben wir den großen Widerspruch, dass Ortskerne aussterben und alte Gebäude verfallen, während immer neue Baugebiete für Einfamilienhäuser ausgewiesen werden. Wir brauchen ein Umdenken in der Baupolitik und eine Forcierung von Mehrfamilienhäusern. Die bebauten Flächen für Wohneigentum müssen auch in die Höhe mehr ausgeschöpft werden, um mehreren Familien Platz zu bieten.

Ein weiteres Problem der Zersiedelung im ländlichen Raum stellt die Ausweisung von großen Bauflächen für Supermärkte außerorts da, während im Ortskern der Nahversorger schließt und auf die grüne Wiese zieht. Dies löst eine Kettenreaktion aus, da die Bürger\*innen nun mit dem Auto zum Einkaufen auf die grüne Wiese fahren müssen, anstatt im Ortskern ihre Erledigungen zu machen.

Darüber hinaus setzt sich die SPD für ein Recht auf Homeoffice und mobile Arbeit einsetzen<sup>2</sup>, wenn dies im entsprechenden Unternehmen sinnvoll ist. Nach der Corona-Pandemie ist klar geworden, dass viele Arbeitnehmer\*innen gar nicht in ihre Büros zurückkehren und pendeln wollen.

Große Firmengebäude in der Stadt gehören demnach in vielen Fällen der Vergangenheit an, können zurückgebaut und renaturiert werden, um Versickerungsflächen und grüne Oasen zu schaffen. Durch den Rückgang der Pendler\*innen und demnach auch dem Verschleiß der Straßen können diese auch verkleinert werden und es kann mehr Platz für Alleebäume und Fahrradwege geschaffen werden.

---

<sup>1</sup> Zukunftsprogramm, S.4

<sup>2</sup> Ebd., S.29

Der §13B BAUGB begünstigt die Flächenversiegelung. Die SPD hatte sich dagegen ausgesprochen diesen Paragraphen bis 2022 zu verlängern, doch die Unionsparteien haben ihren Standpunkt durchgesetzt und wollten die beschleunigten Verfahren am Ortsrand weiterhin ermöglichen.<sup>3</sup>

## 2. Klimaschutz

Erneuerbare Energien sind der Schlüssel zu einer klimaneutralen Zukunft Deutschlands.<sup>4</sup>

Hierzu gehört für die SPD neben Solarenergie und der Forschung an Wasserstofftechnologien auch die Windkraft, forciert in Offshore-Windparks.

Ein großes Anliegen zum Bau von Windrädern ist die Entbürokratisierung des Verfahrens. Hierbei ist abzulehnen, dass das Genehmigungsverfahren teilweise sechs Jahre benötigt. Das möchte Olaf Scholz anpacken und die bürokratischen Hürden so abbauen, dass das Verfahren auf sechs Monate verkürzt wird.

Den Einschränkungen der Windenergie durch die bayerische 10h Regel stehen wir ablehnend gegenüber. Die SPD steht seit 158 Jahren für Solidarität. Es kann und darf nicht sein, dass in NRW immer noch ganze Dörfer Kohletagebauen weichen müssen und dort hunderte Menschen ihr Zuhause verlieren, während Bayern weiterhin jegliche Verantwortung abtritt.

Wir begrüßen es außerordentlich, wenn Kommunen bereits selbst Regelungen über eine energieeffiziente Sanierung und Ausstattung ihrer öffentlichen Einrichtungen getroffen haben und durch Solarverkleidungen der Fassaden oder Solarpaneele auf den Dächern zur autarken Strom- und Wärmeerzeugung gewechselt sind. Auch Bebauungspläne, die eine Pflicht zur energetischen Optimierung von Neubauten durch beispielsweise eine Ausstattung mit Photovoltaikanlagen vorschreiben, begrüßen wir.

Um die Klimaziele bundesweit zu erreichen, soll ein Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden mit verbindlichen Ausbauzielen für erneuerbare Energien geschlossen werden.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> <https://www.vorwaerts.de/artikel/bezahlbarer-wohnraum-grosse-koalition-ringt-um-gesetzes-novelle>

<sup>4</sup> Zukunftsprogramm, S.9

<sup>5</sup> Ebd.

### 3. Landwirtschaft

Die Landwirtschaft hat bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Erhalt der Artenvielfalt eine zentrale Rolle. Wir werden daher die Agrarförderung so ausrichten, dass eine umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann. Lebensmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie sollten auch den Landwirt\*innen ihre Lebensgrundlage sichern. Dies geht nur mit fairen Preisen für hochwertige Nahrungsmittel. Wir werden im Lebensmittelhandel unfairen Handelspraktiken einen Riegel vorschieben, denn sie schaden Verbraucher\*innen, Landwirt\*innen und fair handelnden Wettbewerbern.<sup>6</sup>

In Ihrer Frage klingt an, dass die momentane Landwirtschaft nicht auf das Gemeinwohl ausgerichtet sei. Diese Ansicht lehnen wir ab. Die Bäuerinnen und Bauern dieses Landes sorgen mit ihrer Arbeit für unseren Wohlstand, denn es ist nicht selbstverständlich, Essen im Überfluss auf dem Tisch zu haben. Wir sehen in den aufgeführten Zielen keinen ersten Schritt zur Lösung des Problems, welches wir momentan mit der Landwirtschaft haben. Bevor die Landwirt\*innen weitere Auflagen erfüllen können, brauchen sie politische Unterstützung, damit ihre Arbeit für sie weiterhin ihr Einkommen und unsere Ernährung sichern kann. Es muss einen fairen Preis für tierische Produkte geben, der das Überleben der Bäuerinnen und Bauern sichert, Tierleid unnötig macht und eine achtsame, ökologische Erzeugung dieser Produkte ermöglicht. Das Sterben kleiner Höfe führt zur Stärkung von Großproduzenten und spielt der Agrarlobby in die Hände. Den Discountern und Supermärkten müssen ihre Dumpingpreise für tierische Produkte untersagt werden. Die Parteien der Union verhindern hier seit Jahrzehnten wirksame Reformen.

Tierleid ist nicht zu rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht Stunden begrenzen.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Ebd., S. 52

<sup>7</sup> Ebd.

Im zweiten Schritt sehen wir es dann an der Reihe, mit den Landwirt\*innen zusammen über die ökologisch sinnvolle Nutzung ihrer Flächen zu sprechen. Subventionen für eine Beteiligung der Landwirt\*innen an der Erhaltung der Biodiversität sehen wir hier als ein gutes und sinnvolles Mittel.

Für immer mehr Menschen ist die Qualität der Nahrungserzeugung und ihre Wirkung auf Umwelt und Klima relevant. Unser Ziel ist es, gesunde und nachhaltige Ernährung für alle zu ermöglichen. Wir wollen in staatlich finanzierten Einrichtungen eine den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung entsprechende gesundheitsfördernde Gemeinschaftsverpflegung umsetzen.<sup>8</sup>

#### 4. Wasserschutz

Wir setzen uns ein für Biodiversitätspolitik, um Ökosysteme zu schützen und wiederherzustellen. Eine besondere Rolle kommt dem Erhalt der Wälder zu. Ebenso wollen wir den Einsatz von Dünger und Pestiziden reduzieren. Ohne leistungsstarke Kohlenstoffsinken kann Deutschland nicht klimaneutral werden. Eine besondere Bedeutung fällt dabei Mooren und Wäldern zu. Bestehende Moore müssen geschützt und trockengelegte Moore müssen im großen Stil wieder vernässt werden. Wälder müssen an den Klimawandel angepasst werden, damit sie auch in Zukunft ihre wichtige Rolle für den Klimaschutz und die Biodiversität erfüllen können.<sup>9</sup> Wegen der Dringlichkeit dieses Anliegens hat das Bundesumweltministerium unter Svenja Schulze im September 2021 die „Nationale Moorschutzstrategie“ vorgestellt.<sup>10</sup>

Um die erhöhten Nitratwerte im Grundwasser zu senken, braucht es einen Umbau der Landwirtschaft weg von der Massentierhaltung hin zu verantwortungsvoller Landwirtschaft und einem nachhaltigen Konsum tierischer Produkte.

Eine weitere Gefahr für unsere Wasserversorgung stellt die zunehmende Plastikflut dar. Auch aus deutschen Flüssen geraten jährlich schon Tonnen an Mikroplastik in die Weltmeere. Wir müssen die zunehmende Plastikflut zurückdrängen. Das gelingt nur, wenn

---

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> Nationale Moorschutzstrategie Bundesumweltministerium September 2021

wir unnötiges Plastik vermeiden und abschaffen.<sup>11</sup> Es müssen bestenfalls europäische Regelungen - beispielsweise zum Verbot von Mikroplastik in Produkten oder zum Verbot von nur halb-befüllten Verpackungen – in Kraft treten, um die Plastikflut zu unterbinden.

## 5. Verkehr

Wir werden Schlüsselindustrien auf ihrem Weg zur Klimaneutralität unterstützen und konkrete Transformationsziele entwickeln und fördern. Wir werden Deutschland bis 2030 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien machen – für die klimaneutrale Erzeugung von Stahl, für CO<sub>2</sub>-arme PKWs, LKWs und den Schiffs- und Flugverkehr.<sup>12</sup>

Wir werden die Verkehrswende voranbringen und bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede\*r Bürger\*in – in der Stadt und auf dem Land - soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung: mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen Plattformen nutzbar machen. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir. Wir werden einen Mobilitätsplan 2030 auf den Weg bringen, der den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenverkehr auf ein neues Niveau bringt. Der Bund wird durch Austauschprogramme seinen Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und die vorhandenen Flotten modernisiert sind. Förderprogramme und ein geändertes Straßenverkehrsrecht sollen Kommunen dabei unterstützen, in Städten mehr Fläche für öffentlichen Verkehr, Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen zu schaffen. Wir werden den Straßenverkehr im Sinne der Vision Zero sicherer machen, insbesondere auch für die vielen Radfahrer\*innen. An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien Mobilitätsstationen für nachhaltige urbane Mobilität fördern, damit möglichst viele vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen. Wir werden eine nationale Leitstelle Mobilität einrichten, die die Erarbeitung regionaler Mobilitätspläne unterstützt und eine

---

<sup>11</sup> Ebd.

<sup>12</sup> Ebd. S. 10

frühzeitige Beteiligung vor Ort sicherstellt. Der Schienenverkehr ist ein Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen Agenda. Bahnfahren soll innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Wir wollen rasch einen Deutschlandtakt umsetzen und einen Europatakt aufbauen. Hierfür werden wir investieren: in den Aus- und Neubau des Schienennetzes, in den Lärmschutz und den Ausbau und die Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen. Wir haben das Ziel, alle Großstädte wieder ans Fernverkehrsnetz anzuschließen und neue schnelle Zug- und Nachtzugverbindungen in unsere Nachbarländer zu etablieren. Vor allem werden wir die Attraktivität des Nahverkehrs verbessern, durch Investitionen in das Angebot und die Qualität von Zügen und Bussen und durch die Reaktivierung alter Bahnstrecken. Wir werden engere, verlässliche Taktungen, komfortablere Züge mit flächendeckendem W-LAN und eine Reservierungsmöglichkeit für Sitzplätze ermöglichen. Bis 2030 wollen wir mindestens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren, die Schiene weiter digitalisieren und für nicht elektrifizierte Strecken verbindliche Nutzungen wie den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Zügen unterstützen. Die Deutsche Bahn AG ist für uns ein Garant verlässlicher Mobilität. Wir werden sie als integrierten Konzern in öffentlichem Eigentum erhalten. Mit der Verpflichtung zur Tariftreue, zum Personalübergang für alle Beschäftigten bei Betreiberwechsel und der Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen im Vergaberecht sorgen wir für Fairness auf dem Markt für Mobilitätsdienstleistungen.<sup>13</sup>

Wir wollen, dass sich die Deutsche Bahn AG auf ihr Kerngeschäft des Transports von Personen und Gütern auf der Schiene konzentriert und auf gemeinwohlorientierte Ziele ausrichtet. Den Schienengüterverkehr wollen wir ausbauen und modernisieren. Wir werden in die Erneuerung und Digitalisierung von Loks und Waggons investieren. Wir werden die Kostennachteile der Schiene gegenüber der Straße parallel zum Kapazitätsaufbau im Schienengüterverkehr verringern. Die Potenziale unserer Wasserstraßen werden wir stärker nutzen, um mehr Güterverkehr vom LKW auf die umweltfreundliche Binnenschifffahrt zu verlagern. Die Zukunft gehört den elektrischen Antrieben. Wir wollen diese Entwicklung aktiv gestalten, damit die Automobilindustrie Leitindustrie bleibt und die Zukunft der vielen kleinen und mittelständischen Zulieferer mit ihren Arbeitsplätzen gesichert ist. Wir wollen die Elektrifizierung des Verkehrs massiv voranbringen. 2030 sollen mindestens 15 Millionen PKW in Deutschland voll elektrisch fahren. Wir werden Deutschland zu einem Zentrum der

---

<sup>13</sup> Ebd. S. 11

Batteriezellenfertigung und des Recyclings gebrauchter Batterien machen. Im Schwerlastverkehr wird auch die Wasserstoff-Brennstoffzelle eine wichtige Rolle spielen. Die weitere Forschung hierzu werden wir unterstützen. Wir unterstützen die Automobil-Zulieferindustrie bei der Umstellung ihrer Produktionsprozesse und der Erschließung neuer Geschäftsfelder. Gemeinsam mit Sozialpartnern und lokalen Akteuren werden wir regionale Transformationscluster aufbauen, um neue, qualifizierte und gut bezahlte Beschäftigung in den Regionen zu schaffen. Wir machen das Stromtanken so einfach wie bisher das Tanken von Benzin und Diesel. Den Fortschritt beim Ausbau der Ladesäulen für Elektroautos wollen wir vierteljährlich evaluieren und wo nötig mit Versorgungsauflagen und staatlichem Ausbau die notwendige verlässliche Erreichbarkeit von Ladepunkten herstellen. Wir werden ein Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen. Das schützt die Umwelt und senkt die Unfallzahlen deutlich. Zusätzlich werden wir Forschung, Entwicklung und Pilotprojekte vorantreiben, damit Schiffe, Flugzeuge und Laster kein klimaschädliches CO<sub>2</sub> mehr ausstoßen. Wir verbinden das mit Projekten zum Aufbau einer umweltfreundlichen Wasserstoffwirtschaft.<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> Ebd. S. 12

## Quellen

ZUKUNFTSPROGRAMM DER SPD:

<https://www.spd.de/zukunftsprogramm/>

NATIONALE MOORSCHUTZSTRATEGIE:

[https://www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Naturschutz/nationale\\_moorschutz\\_strategie\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Naturschutz/nationale_moorschutz_strategie_bf.pdf)

VORWÄRTS:

<https://www.vorwaerts.de/artikel/bezahlbarer-wohnraum-grosse-koalition-ringt-um-gesetzes-novelle>